

Berlin, den 06.03.2026

PRESSEMITTEILUNG

Deutscher Juristinnenbund e.V.

Vereinigung der Juristinnen,
Volkswirtinnen und Betriebswirtinnen

Geschäftsstelle / Office:
Kronenstr. 73 • D-10117 Berlin

Telefon: +49 30 4432700

geschaeftsstelle@djb.de • <https://www.djb.de>

8. März: Gleichstellung gilt 365 Tage im Jahr

Der 8. März macht sichtbar, was das ganze Jahr über gilt: Geschlechtergerechtigkeit ist keine Nebensache, sondern tägliche Aufgabe. Die Zahlen zu Gewalt gegen Frauen oder zur Entgeltbenachteiligung, zur Altersarmut oder zur politischen Teilhabe zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist.

„Gleichberechtigung – das mag abstrakt klingen, aber es ist ein ganz konkretes Versprechen wirklich gleicher Chancen. Das Recht ist eindeutig, die Rechtspolitik kann gestalten. Ideen gibt es. Es ist Zeit, sie umzusetzen“, betont Prof. Dr. Susanne Baer, Präsidentin des Deutschen Juristinnenbund e.V. (djb). Denn hier setzt die Arbeit des djb an: zum Entgelt und sozialer Absicherung, gegen Gewalt, für reproduktive Selbstbestimmung, und für eine demokratische und gerechte Gesellschaft.

Ökonomische Eigenständigkeit muss ermöglicht und gesichert werden. Die [EU-Entgelttransparenzrichtlinie](#) ist dafür ein entscheidender Meilenstein und das Ergebnis jahrzehntelanger feministischer Arbeit. Sie kann endlich finanzieller Abhängigkeit und struktureller Benachteiligung von Frauen wirksam entgegenwirken. Trotzdem gerät die Umsetzung gerade ins Wanken. Gerade in Deutschland ist es jedoch höchste Zeit, die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern zu schließen.

Gewalt gegen Frauen ist erschreckend weit verbreitet. Aktuelle Studien zeigen wieder einmal das Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt. So verzeichnete das Bundeskriminalamt (BKA) in der [Polizeilichen Kriminalstatistik 2025](#) einen deutlichen Anstieg von Gewalt gegen Frauen – und das belegt nur, was bekannt ist. Die [Dunkelfeldstudie der LeSuBiA von 2026](#) hat darüber hinaus gezeigt, dass körperliche und psychische Gewalt in (Ex-)Partnerschaften 20-mal häufiger vorkommt als angezeigt wird. Einen Anstieg gibt es bei digitaler Gewalt sowohl aus dem privaten Umfeld als auch von Unbekannt, so das [BKA 2025](#). So werden Frauen – und besonders mehrfach diskriminierte Personen – aus dem digitalen und analogen Leben massiv ausgegrenzt. Es ist höchste Zeit für ein effektives Gewaltschutzsystem, konsequente Strafverfolgung und verpflichtende Fortbildungen zu geschlechtsspezifischer Gewalt für Strafverfolgungsbehörden und Justiz. Deutschland hat die Istanbul-Konvention des Europarates übernommen – sie gilt es umzusetzen.

Die neue [EU Gender Equality Strategy 2026–2030](#) bietet die Chance, tatsächliche Gleichstellung systematisch und ernsthaft zu gestalten. Das gilt erst recht in Zeiten, in denen demokratische Werte in Frage gestellt und angegriffen werden. Auch die Gleichberechtigung braucht eine Politik, braucht Wirtschaft und Kultur und eine Öffentlichkeit, die hinschaut und handelt – 365 Tage im Jahr!